

Wulf Gallert:

Sachsen-Anhalt 2020

**Innovation und soziale Gestaltung
für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt**

- Kurzfassung -

Magdeburg, im Oktober 2005

1. Erneuerung des Landes und Erneuerung der Landespolitik

Sachsen-Anhalts Entwicklung stagniert auf einem ökonomisch und sozial unakzeptablen Niveau. Erfolge bleiben eingekapselt und entwickeln eine viel zu geringe Strahlkraft. Die kulturelle und soziale Spaltung schreitet voran, Deklassierung und Degeneration drohen, die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern wie die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürgern von Institutionen und Ritualen der Verfassungswirklichkeit und der Wirtschaftsordnung nehmen zu. Das Land bleibt auf absehbare Zeit auf Transfers von außen angewiesen – und zugleich gehen die Ressourcen in den nächsten anderthalb Jahrzehnten dramatisch zurück.

Realistisch betrachtet, sind angesichts der Lage in unserem Land sehr unterschiedliche Entwicklungsszenarien möglich.

Szenario 1: Zwischen „Weiter so!“ und Resignation.

CDU und FDP setzen auch angesichts der Zuspitzung der bisherigen Probleme des Landes auf die Kontinuität ihrer bisherigen Politik und stützen sich dabei auf die punktuellen, aber in ihrer Wirksamkeit begrenzten Erfolge der ersten anderthalb Jahrzehnte seit der Vereinigung. Es gibt durchaus interessante, bedenkenswerte Vorschläge, aber insgesamt wird der Regierungskurs von der Erwartung geprägt, mit dem Kurs von Anpassen und Aufholen gegenüber dem Westen doch noch einen Durchbruch zu erzielen, sowie von einem gewissen Fatalismus angesichts der Folgen der absehbaren Verknappung insbesondere finanzieller Ressourcen bestimmt. Damit fehlt den Konzepten der Regierung und der sie tragenden Parteien der Atem der Zukunftsfähigkeit. Nicht anders sieht es in der öffentlichen Debatte aus, wenn Gestaltungsmöglichkeiten für das Land generell bestritten werden.

Szenario 2: Weitere Öffnung zum Neoliberalismus – Auszehrung der Potenziale unseres Landes.

Eine solche Richtungsänderung zeichnet sich seit einigen Jahren in Deutschland generell wie in unserem Land ab – ein *Umbau der gesamten*

Gesellschaft nach neoliberalen Vorzeichen. Wertschöpfung und Gewinnsteigerung der Wirtschaft werden zur dominierenden gesellschaftlichen Zielgröße, der Seitanz völliger „Eigenverantwortung“ ohne Netz wird zur (a)sozialen Maxime. Dieser Kurs führt zu einer Gesellschaft, mit der soziale Mehrheiten, ganze Generationen, nicht wenige Regionen an Erfolgen gesellschaftlicher Entwicklung nicht mehr teilhaben werden. Der globale Wettlauf um Niedriglohn und Deregulierung sozialer, kultureller und ökologischer Standards aber ist für Sachsen-Anhalt nicht zu gewinnen.

Da beide Szenarien gleichermaßen realistisch wie unakzeptabel sind, gilt es nun, ein drittes Szenario zu eröffnen. **Die Zukunftsdebatte muss klären, wie in Sachsen-Anhalt gerade unter diesen Bedingungen für alle ein Leben in Würde und mit Perspektive, ohne Not und ohne Angst ermöglicht werden kann.** Sachsen-Anhalt gibt es nicht der Politik wegen – sondern es gibt die Politik, damit vernünftige und demokratisch legitimierte Entscheidungen über Heute und Morgen dieser Region getroffen werden. Aus der Lebenslage der Menschen und ihren Zukunftsinteressen erwachsen die Handlungszwänge der Politik. Sie sind das letztlich Bestimmende – nicht die oftmals von der Politik auf unterschiedlichsten Ebenen selbst geschaffenen „Sachzwänge“.

In diesem Sinn ist eine Erneuerung der Landespolitik notwendig.

Bereits 1990 – zum Zeitpunkt der Vereinigung – war zu erkennen, dass sich ehemals erfolgreiche Modelle, Lösungen, Regeln und Institutionen der Alt-Bundesrepublik überlebt hatten, nur noch begrenzt zukunftstauglich waren. *Die politische Dynamik dieser Zeit wie auch die dominierenden Interessenlagen in beiden Teilen Deutschlands führten jedoch dazu, dass der Aufbau Ost als Nachbau West konzipiert wurde. Verkannt und verdrängt blieb, dass die Transformation Ostdeutschlands eingebettet ist in übergreifende Transformationen und Herausforderungen.*

Die Globalisierung, der Übergang von der industriellen zur wissensbasierten Gesellschaft und der damit verbundene Wandel der Arbeitsgesellschaft verlangen nach Strukturveränderungen und neuen Entwicklungswegen. Der Entwicklungspfad des „Nachbau West“ und neoliberaler Experimente engten die Suche nach kreativen, eigenen Entwicklungswegen – nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Innovation für unser Land – stark ein. Er brachte Sachsen-Anhalt nicht auf den Weg einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung.

Erforderlich ist ein *neuer Entwicklungspfad, der durch Innovation – im wissenschaftlich-technischen wie vor allem umfassenderen gesellschaftspolitischen Sinne – geprägt ist und der sich so auch als soziale Gestaltung erweist.*

Dies wäre das

Szenario 3: Innovation und soziale Gestaltung – Erlangung von Zukunftsfähigkeit.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt folgt diesem Szenario und hat daher für sich einen weit reichenden Paradigmenwechsel vollzogen:

- Unser Anspruch ist, von der nachsorgenden Sozialpolitik zu einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik umzusteuern. Wir wollen, dass die Politik aus der Falle herauskommt, mit hohem Aufwand und mit immer geringerem Effekt jene Wunden in der Gesellschaft heilen zu müssen, die sie zuvor mit einem *Festhalten an überlebten Strukturen* und mit *Reformen in der falschen Richtung* selbst geschlagen hat.

- Wir sagen selbstbewusst: Nicht Kopie, sondern Innovation – in allen Bereichen: von den wirtschaftlichen bis zu den sozialen Technologien. Überlebte Strukturen sehen wir in einem erstarrten Wirtschafts- und Sozialmodell; die falschen Reformen beruhen auf dem Irrglauben, dass ein ungezügelter Kapitalismus den neuen Aufschwung und mehr Arbeitsplätze brächte. In Wahrheit entstehen auf diesem Weg immer tiefere soziale Verwerfungen, die mit den bisherigen Mitteln des Sozialstaates nicht mehr zu lösen sind.
Stattdessen geht es uns um eine neuartige Kombination der verschiedenen Entwicklungspotenziale. Diese neue Entwicklungsphilosophie ist der Dreh- und Angelpunkt unseres Konzepts „Sachsen-Anhalt 2020“.

- Deswegen werben wir für ein Umschwenken von alleiniger staatlicher Verantwortung zu einem kooperativen Stil, zu Akteursbündnissen aus Politik, Bürgergesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft. Unser strategisches Konzept für das Land verlässt die tradierte Interessen- oder Klientelpolitik und setzt auf die breite Entfaltung zivilgesellschaftlicher Allianzen und demokratischer Akteure. Was wir brauchen, ist ein Wandel der Institutionen – statt bürokratischer Bevormundung gesellschaftliche Innovation – und einen Wandel der Mentalitäten – statt Abwarten Aktivität.

Unsere strategische Vision für 2020 heißt, Sachsen-Anhalt auf den Kurs eines innovativen und damit zugleich sozial stabilen Landes zu bringen, eines Landes, in dem auch die jungen, leistungsfähigen Menschen wieder bleiben wollen, weil sie ihre Zukunft gestalten können.

Was wir vorlegen, ist kein Masterplan – aber auch mehr als ein bloßes Diskussionsangebot. Wir sind davon überzeugt, dass es zu der beschriebenen Grundrichtung keine akzeptable Alternative gibt und dass die von uns vorgeschlagenen Schritte und Projekte dem dienen können. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Endgültigkeit; welche der Ideen die stärkste Wirkung entfalten, wird sich in der politischen und vor allem gesellschaftlichen Praxis erweisen. Die Zukunftsdebatte muss jetzt die alternativen Szenarien deutlich machen und ausfüllen – als nächster Schritt steht dann die Herausbildung strategischer Allianzen für Innovation und soziale Gestaltung an.

2. Ansatzpunkte und Konturen einer Erneuerung des Landes.

2.1. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik als integrierte Gesellschaftspolitik

Blickt man auf die Entwicklung unseres Landes bis 2020, so ist von einer längeren Konsolidierungsphase auszugehen – einer Konsolidierungsphase, in der zugleich die Grundlagen für eine künftige innovationsgetragene Entwicklung geschaffen werden.

Es geht dabei zunächst und vorrangig um mehr Wertschöpfung und um die Voraussetzungen dafür – es wird noch nicht gelingen, die Arbeitslosigkeit im gleichen Maße abzubauen. Auch deswegen sind zugleich neue Ansätze für öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren, für Non-Profit- und soziale Unternehmungen notwendig, in denen nicht nur Menschen Beschäftigung finden, sondern in denen die öffentlichen Mittel zugleich verwendet werden, damit Arbeiten erledigt werden, die sich unter den Bedingungen Sachsen-Anhalts privatwirtschaftlich nicht oder nicht mehr rechnen.

Wir wollen die Wirtschaft Sachsen-Anhalts vor allem in den Bereichen unterstützen und stärken, in denen sie Potenziale und Perspektiven aufweist. In der Konsolidierungsphase soll der Erhalt bestehender Unternehmen in innovativen Wirtschaftsbereichen und Branchen mit besonders hoher Wertschöpfung in der Regel Vorrang vor der Neuansiedlung haben.

Das heißt, die öffentlichen Ressourcen werden auf die Erweiterung der industriellen Basis und die Innovationskraft der bereits ansässigen Unternehmen, speziell des Mittelstandes, konzentriert. Struktur-, Technologie-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik werden enger verknüpft, um die Innovations- und Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt insgesamt zu stärken. Es geht um den Ausbau unternehmensinterner Forschung und deren Zusammenwirken mit den universitären Forschungseinrichtungen. Eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in der Tiefe des Landes braucht stabile *Finanzierungsstrukturen*.

Die private Geldwirtschaft ist nicht mehr hinreichend willens und in der Lage, dies zu gewährleisten. Um so wichtiger ist es, die Sparkassen in ihrer Existenz zu erhalten und sie zu einem Instrument entwickeln, das für regionale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen ein notwendiges Pendant zu globalen Entwicklungen sein kann. Bürgerschaftsprogramme sollen helfen, die Eigenkapitalschwäche der kleinen und mittleren ostdeutschen Unternehmen zu kompensieren und es ihnen erleichtern, die zweite Investitionsschwelle zu überwinden.

Sachsen-Anhalt verfügt durchaus über industrielle Kerne – sie sind jedoch in der Regel Bestandteile einer Filialökonomie, sie sind industrielle Inseln, die in Land und Region kaum wirtschaftlich oder sozial ausstrahlen. Notwendig ist ein differenzierteres, sorgfältigeres Herangehen an die regionale Einbettung überregional orientierter Unternehmen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich der *strategische Handlungsansatz „Innovativer Räume“*.

Er beschränkt sich nicht auf die Stärkung *einzelner* Wachstumskerne (Leuchttürme) und industrieller Cluster. Die Politik Innovativer Räume ist darauf gerichtet, nicht nur einzelne innovative Aktivitäten, Branchen und Netzwerke zu stärken, sondern die *regionalen Rahmenbedingungen* solcher Räume in ihrer Gesamtheit neu zu gestalten.

„Es wird künftig, gerade auch vor dem Hintergrund zunehmend knapper werdender Mittel, nicht mehr darum gehen, immer wieder einzelne Innovationen anzustoßen und zu unterstützen. Vielmehr wird es darum gehen, diese einzelnen Innovationen nicht versickern zu lassen, sondern breit zur Geltung kommen zu lassen. Es geht also künftig immer stärker um die Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Branchen. Es geht um die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Cluster und die umfassende Positionierung von Regionen. Es geht um das kulturelle und soziale Klima in den Städten und Regionen und nicht zuletzt um die entsprechende Neuausrichtung von Strukturpolitik ... So geht es ab einem bestimmten Zeitpunkt

nicht mehr allein oder in erster Linie um die Förderung der Gründung von Unternehmen, sondern um deren Übergang zu professionell und arbeitsteilig wirkenden Unternehmen und deren Zusammenwirken.“¹

In Sachsen-Anhalt bieten die Räume um Bitterfeld-Halle-Merseburg, Magdeburg sowie die Harz-Region besondere Ansatzpunkte und Potenziale für die Entwicklung innovativer Räume; länderübergreifend ist Halle-Leipzig-Jena zu favorisieren.

Fundamentale Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Zukunft Sachsen-Anhalts kommt der Erschließung neuer Geschäfts- und Beschäftigungsfelder zu. Raum zur wirtschaftlichen Expansion bzw. zur Erschließung notwendiger Beschäftigungsfelder besteht in Sachsen-Anhalt vor allem in fünf Bereichen:

- bei den erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen einschließlich ihrer Verarbeitung und der dafür erforderlichen Vorleistungen,
- bei der Schließung der Lücke an industrie- und forschungsnahen Dienstleistungen,
- im Tourismus,
- bei der Entwicklung, Herstellung und Verbreitung spezifischer Produkte und Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren und
- bei „sozialen Unternehmungen“.

Hier freilich sind aktive politische Gestaltung und ein gesellschaftlicher Konsens über notwendige und ehrgeizige Ziele gefragt. Die Börse allein ist ein ungeeigneter Finanzier, der Markt allein ein ungeeigneter Impulsgeber für den Einstieg in solche Entwicklungen, für den Aufbau solcher Industrien. Beiden fehlt dafür vor allem der lange Atem. Wenn aber die EU und Deutschland sich die Halbierung des Mineralölverbrauchs binnen zehn Jahren und eine weit reichende Umstellung auf neue Rohstoffe vornehmen würden, dann wäre das ein beträchtlicher (An)schub für eine Industrie rund um erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe.

¹ Rehfeld, Dieter: Innovative Räume.
<http://www.wz.nrw.de/magazin/archivartikel.asp?nr=526&ausgabe=2003/3&magname=&titel=Innovative^Räume>

Eine *Gründungs- und Qualifizierungsoffensive für moderne (industrie- und forschungsnah) Dienstleistungen und IT-Berufe* starten, eine Gemeinschaftsinitiative des Landes zusammen mit den Kammern, mit Unternehmen, Bildungsträgern und auch dem Bund, könnte das Tor zur Schließung der Lücke an industrie- und forschungsnahen Dienstleistungen öffnen.

Ein *Tourismus-Konzept „Sachsen-Anhalt – eine Reise durch 1000 Jahre deutsche Landschaft“* – gemeinsam vom Land, den Landkreisen, den Tourismusverbänden, Unternehmen und Kulturvereinen – würde die Potenziale des Landes bündeln und seine eigentliche Attraktivität erst richtig zur Geltung bringen.

Wie in Nordrhein-Westfalen könnte in Sachsen-Anhalt eine Landesinitiative Seniorenwirtschaft dazu beitragen, die Handlungsansätze zu konkretisieren und in Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Partnern so umzusetzen, dass das Angebot an altenorientierten und altengerechten Produkten und Dienstleistungen nachhaltig verbessert wird. Soziale Unternehmungen bedürfen einer kontinuierlichen Förderung; für sie sollten die beschäftigungsfördernden Instrumente der Arbeitsagentur schrittweise angepasst werden.

Wo neue Geschäfts- und Beschäftigungsfelder erschlossen werden, gehört auch eine entwickelte *„Kultur der Selbständigkeit“* dazu. Wir unterstützen Initiativen wie Projekte, die Wissen und Erfahrungen über berufliche Selbständigkeit bündeln und vernetzen. Deutlich mehr *Studierende* der Universitäten und Fachhochschulen sollten als Existenzgründer gewonnen werden. Initiativen wie das Modellprojekt UNIVATIONS der Hochschulen im Süden Sachsen-Anhalts, das interessierte Studierende, Absolventinnen und Absolventen informiert, berät und begleitet (Mentorenetzwerke), weisen einen Weg, der breiter ausgebaut werden sollte. Der wirtschaftliche Aufbruch braucht Existenzgründer und Selbständige – aber er kann nicht allein auf ihren Schultern ruhen.

Mit Milliarden Euro wird über Hartz IV der dauerhafte Ausschluss von Millionen Menschen aus der Erwerbsarbeit finanziert – mit gelegentlichen Gastrollen am Rande der Arbeitswelt in Gestalt von „Arbeitsgelegenheiten“ für einen Euro die Stunde. Durch die Bündelung der gegenwärtig für das Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft und die so genannte Mehraufwandsentschädigung für Ein-Euro-Jobs aufgebrauchten Gelder sowie durch ihre Kombination mit bereits vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und Europäischen Union – zum Beispiel aus den europäischen Sozialfonds – sind jedoch durchaus Existenz sichernde Löhne in regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in öffentlich geförderten und gemeinnützigen Beschäftigungssektoren möglich.

Sachsen-Anhalt mit seiner besonders hohen verfestigten Arbeitslosigkeit sollte hier in jeder Hinsicht eine Vorreiterrolle spielen. Das gilt auch für die hier entwickelte „Magdeburger Alternative“: Sie gab den Anstoß dafür, gering qualifizierte Arbeit für Arbeitnehmer und Unternehmer durch Entlastung der Bruttolöhne (*LohnPlus-Modell*) attraktiver zu machen. Die Solidarität der Gesellschaft muss darin bestehen, dass die unteren Tarifgruppen von Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollständig oder teilweise freigestellt werden. Die Arbeitsverhältnisse bleiben dabei sozialversicherungspflichtig – die Zahlung der Beiträge wäre von der öffentlichen Hand zu übernehmen.

Mit solchen neuen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungsmodellen entstünden auch Keimformen einer neuen Art von öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren bis hin zur öffentlich inspirierten und finanzierten Installierung von unternehmerischen Subjekten, die bislang unerledigte gesellschaftlich notwendige Arbeit organisieren oder eben auch neue Geschäfts- und Beschäftigungsfelder erschließen, die angesichts der Kapitalschwäche im Osten sonst unerschlossen blieben. Der Gründungsprozess könnte sich über fünf bis sieben Jahre erstrecken – bei degressiver öffentlicher Unterstützung und mit dem Anspruch, am Ende dieser Periode zunächst im Non-Profit-Bereich stabil existenzfähig zu sein.

Bei einsetzender Gewinnerwirtschaftung wäre über die Rückzahlung öffentlicher Mittel zur Refinanzierung neuer ÖBS-Projekte nachzudenken. Derartige Möglichkeiten öffentlicher Förderung scheinen insbesondere geeignet, der Verteuerung von Dienstleistungen in immer weniger besiedelten ländlichen Räumen zu begegnen – einer Verteuerung, die dazu führt, dass sich die private Wirtschaft mangels Gewinn zurück zieht und damit zugleich Versorgungslücken aufreißt. Dazu könnten die Versorgung mit Waren des Grundbedarfs, aber auch mit Dienstleistungen wie Post oder Apotheken, öffentlicher Transport oder auch die Unterstützung der ärztlichen Versorgung gehören.

Die künstliche Verbilligung von Arbeitskraft würde in solchen Fällen die Daseinsvorsorge stützen und begleiten.

Wir wollen mit aller Kraft innovative Projekte für eine neue, zukunftsfähige Beschäftigungspolitik initiieren und hierbei die bestehenden Mittel aller Haushaltsressorts konzentrierter und intelligenter auf neue Wege zur Beschäftigung richten. Wir treten dafür ein, dass die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland stärker regionalisiert wird. Das betrifft sowohl die Regionalisierung von arbeitsmarktpolitischen Mitteln des Bundes (Regionalbudgets für Länder und Kommunen) als auch die Regionalisierung der

Strukturen der Bundesagentur für Arbeit selbst. Die Arbeitsmarktpolitik des Bundes muss sich stärker auf Strukturförderungen, in denen Erwerbsarbeit entsteht, orientieren.

Pilotprojekte einer neuen Arbeitsmarktpolitik im Lande wollen wir in folgende Richtungen lenken:

- Statt verschärften Drucks auf Erwerbslose sollen neue Möglichkeiten für die Entwicklung ergänzender und Nebenerwerbstätigkeit für Erwerbslose gefördert werden. Dadurch können neue Chancen für gleitende Wege von der Arbeitslosigkeit in abhängige oder selbständige Teilerwerbs- und Vollerwerbstätigkeiten gefunden werden.
- Anreize sollen stärker auf die Übernahme innovativer Entwicklungsprojekte hin entwickelt werden. Hierzu können ESF-Mittel stärker als bisher mit der Förderung von regionalen Entwicklungsprozessen verbunden werden.
- Statt über eine Ausweitung von Arbeitszeiten den Zugang von Menschen zum Arbeitsmarkt zu blockieren, soll Landespolitik – auch und gerade für den öffentlichen Dienst – auf solidarische betriebliche und regionale Beschäftigungspakte für eine deutliche Verkürzung von Arbeitszeiten hinwirken. So können Arbeitsplätze erhalten und der Zugang von jungen Menschen in die Arbeitswelt geöffnet werden, darunter auch für junge Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Forschungs- und Entwicklungsinstituten oder an Technologiezentren, IT-Systembetreuer und andere Spezialisten in Verwaltungen usw.. Wir brauchen hierfür Spielräume für unterschiedliche Wege, die Verbreitung von Erfahrungen und die Förderung innovativer Projekte, die zu mehr Beschäftigung führen.
- Es sollen neue Wege für den Dialog der betrieblichen und tariflichen Sozialpartner geöffnet und kommuniziert werden. So z.B. über finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten von Arbeitnehmern an Unternehmen, über die Entwicklung moderner Arbeitsbeziehungen, über eine flexible Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeiten im Sinne kreativer Gemeinschaftsarbeit und Projektentwicklung und unter Einbeziehung der Teilhabe von Arbeitnehmer/-innen. Hierbei geht es auch um die Entwicklung von Modellen zur Wahrnehmung sozialer Verantwortung seitens der Unternehmen.

2.2. Bildung: das Tor in die Zukunft öffnen

Vom Bildungsniveau in seiner ganzen Komplexität hängt entscheidend ab, ob und inwiefern unser Land und jeder einzelne Bürger, jede einzelne Bürgerin eine Zukunftschance haben oder nicht. Der jetzige Stand ist vor diesem Hintergrund bei weitem nicht ausreichend. Notwendig ist eine auf soziale Gerechtigkeit gerichtete, demokratische und an den Herausforderungen moderner gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklung orientierte **Gesamtreform des Bildungssystems**. Sie muss Schul- und Berufsausbildung, Hochschulbildung, Weiterbildung und wissenschaftlichen Transfereinrichtungen umfassen:

- *Alle Kinder brauchen einen Rechtsanspruch auf einen vollen Kita-Platz – unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern.*
- *„Gemeinschaftsschule“: Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt will eine Schule für *alle* Kinder, in der von Anfang an jede Schülerin und jeder Schüler mit dem Ziel unterrichtet werden, am Ende des 10. Schuljahrgangs einen qualifizierten Schulabschluss erlangen zu können. Niemandem sollen auf Grund einer Entscheidung im 4. oder 6. Schuljahrgang Bildung vorenthalten und Chancen verwehrt werden. Der Weg zur Gemeinschaftsschule soll vor allem über eine deutliche Entwicklung der Sekundarschulen erfolgen. Fundamentale Bedeutung hat die *Grundschule*. Der Grundschule soll sich eine moderne *Sekundarschule* anschließen, die allen Kindern offen steht und als ein Bildungsgang angelegt ist, der auf neue Lernformen und neue Anforderungen der Allgemeinbildung flexibel reagieren kann. Ohne Nachteile gegenüber einer gymnasialen Ausbildung sollte sich an die Sekundarschule in der Regel nach erfolgreichem Abschluss der 9. Klasse auch ein *direkter dreijähriger Bildungsgang* zum Abitur anschließen können. Die Schulzeit bis zum Abitur soll zwölf Jahre nicht überschreiten. Insbesondere die Sekundarschule soll sich der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen verpflichtet fühlen und vor allem einen zielgerichteten Nachteilsausgleich realisieren. Auf der Grundlage des geltenden Hochschulrechts sollen *mehr Wege zum Hochschulstudium* eröffnet und der Anteil der Jugendlichen erhöht werden, der ein Hochschulstudium aufnimmt.*

Sachsen-Anhalt muss sich auf die Folgen der demografischen Entwicklung für die Berufsausbildung einstellen. Ab 2007, besonders deutlich ab 2010, werden die geburtenschwachen Jahrgänge viele herkömmliche Berufsbildungszentren in die Krise stürzen und die Frage aufwerfen, was mit ihnen geschehen kann. Wir sehen darin auch eine Chance, wenn es gelingt, diese Potenziale für die Herausforderungen der Wissensgesellschaft umzuprofilieren – etwa als Weiterbildungszentren, die auch bis zum Bachelor führen können.

Während an vielen Universitäten und Hochschulen anderer Länder die Hörsäle überfüllt sind und keine gute Ausbildung mehr ermöglichen, bestehen in Sachsen-Anhalt gute Voraussetzungen dafür, mehr Studenten aus anderen deutschen und europäischen Regionen aufzunehmen.

Dies hängt auch damit zusammen, dass – demografisch bedingt – in der Perspektive mit einem Rückgang der Bewerberzahlen aus dem Land selbst zu rechnen ist.

Sachsen-Anhalt kann in der Hochschulbildung zum Dienstleister für andere Regionen werden. In diesem Zusammenhang treten wir für einen finanziellen Bildungsausgleich zwischen den Ländern der Bundesrepublik und den europäischen Regionen ein. Maßstab dafür wären Quantität und Qualität der Studienplätze in Relation zum Bevölkerungsanteil des Landes in der Bundesrepublik und in der EU. Gleichzeitig ist die Gewinnung von Studenten aus anderen Regionen Deutschlands und Europas ein Weg, um junge Menschen, Familien, Wissen, kulturelle Vielfalt und nicht zuletzt auch Kaufkraft nach Sachsen-Anhalt zu holen.

Akademische Bildung darf nicht zu einem Privileg von Besserverdienenden werden. Deshalb muss das Studium gebührenfrei zugänglich sein. Dazu sind alle Initiativen zu unterstützen, die das Modell einer *Grundsicherung für Studierende* als Gegenkonzept zur Privatisierung von Bildungskosten in diesem Bildungssektor durchsetzen helfen.

2.3. Mut zu neuen Strukturen und neuen Kompetenzen

Sachsen-Anhalts Zukunft wird mit einer tief greifenden Erneuerung des Verhältnisses von Staat, Markt und ziviler Gesellschaft verbunden sein. Der Staat wird viele seiner gegenwärtigen Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Gestaltungsaufgaben nicht mehr selbst vollziehen, wird deren Durchführung aber weiter gewährleisten müssen und hat hierzu neue, nicht-hierarchische, kooperative Steuerungsfunktionen zu entwickeln. Das Ziel einer solchen *kooperativen Staatspraxis* besteht in der Anregung, Förderung und produktiven Verknüpfung der endogenen und insbesondere der regionalen

Potenziale in Gesellschaft und Markt. Die staatlichen Institutionen werden ihre Funktion immer mehr in einer Mittlerrolle zwischen den regional handelnden Akteuren einerseits, den Rahmensetzungen des Bundes und der Europäischen Union andererseits finden. Beratende und moderierende, verhandelnde und aktivierende Funktionen der Verwaltungen des Landes – der Staat als innovativer Impulsgeber – gewinnen an Gewicht.

Alle Aufgaben, bei denen die Bürgerinnen und Bürger sich in einer bestimmten Angelegenheit an eine Verwaltung wenden müssen, sollten erstinstanzlich bürgernah vor Ort, also auf der Gemeindeebene konzentriert und wenn möglich auch schon entschieden werden.

Die Kommunalverwaltungen beider Ebenen (Kreis und Gemeinde) haben zu garantieren, dass Verwaltungsleistungen für den Bürger aus einer Hand angeboten werden. Das bedeutet durch Verwaltungskooperation zu sichern, dass auf der gemeindlichen (Verwaltungsgemeinschafts-)Ebene alle Bürgeranliegen entgegengenommen und einer Entscheidung zugeführt werden. Die Abkehr von rein administrativen staatlichen Verwaltungen hin zu einem Staatsmodell von Bürgergesellschaft und Bürgerkommunen bedingt eine grundsätzlich andere Gestaltung der Informationsbeziehungen (Informationszugang), Mitsprachebedingungen sowie Kontrollmechanismen durch die Bürgerschaft (Akteneinsichtsrecht, Auskunftsrecht, Informationspflicht der Verwaltung). Statt der bisher separierten Verantwortung der Verwaltungsbereiche geht es um Kooperationsverfahren, bürger- und kundenorientierte Neuzuschnitte und ressortübergreifende Projektarbeit.

Ergänzt werden müssen die kommunalen Aufgaben durch „Selbsthilfeaufgaben“ bzw. „Aufgaben des bürgerschaftlichen Engagements“. Es sind jene Aufgaben, die verstärkt durch BürgerInnen wahrgenommen werden. Deshalb gewinnt die Unterstützung von BürgerInnenaktivitäten und deren Einbeziehung in kommunale Aufgaben und Entscheidungsprozesse ein völlig neues Gewicht: Bürgerinitiativen, Stadtmarketingvereine, Stadt- und Ortsteilbeiräte, Selbsthilfenetzwerke, Kinder-, Jugend- und Seniorenparlamente bzw. -beiräte, Runde Tische zur Migration usw..

Um diese deutliche Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der kommunalen Selbstverwaltung zu erreichen, ist die Einheit von Funktional-Verwaltungs- und kommunaler Strukturreform auf neue Weise zu garantieren. Hier ist eine konsequente Umkehr in die Richtung einer tatsächlichen *Zweistufigkeit der staatlichen Verwaltung* zu erreichen. Die Aufgabenteilung zwischen den Verwaltungsstufen ist am Subsidiaritätsprinzip auszurichten. Die Ministerialverwaltung soll – unter anderem durch Reduzierung auf sieben Ministerien – deutlich gestrafft werden.

Die Verteilung von Personal und Finanzen auf die Verwaltungsstufen muss entsprechend der veränderten Aufgabenwahrnehmung angepasst werden.

Die Anzahl der Kreise soll auf fünf Kreise reduziert werden, weil dadurch mehr Aufgaben in den kommunalen Bereich verlagert werden können und der wachsenden Bedeutung auch in den administrativen Strukturen Rechnung getragen wird.

Die kreisfreien Städte werden zu starken Oberzentren innerhalb eines Landkreises. Im Grundsatz bilden die Wirtschaftsregionen auch einen Landkreis.

Die Regionen Harz, Halle, Anhalt, Magdeburg und die Altmark sollen somit jeweils einen leistungsstarken und europaweit wettbewerbsfähigen Kreis im Regionalzuschnitt bilden.

Die vergrößerten Zuschnitte der Landkreise ermöglichen es, Landesaufgaben in die Kreise zu verlagern – beispielsweise die staatliche Schulaufsicht oder die Bildung von Lehrer-Pools, die Aufgaben der Sozialagentur, die Entscheidungen über EU-Fördermittel für den ländlichen Raum, die Regionalplanung, die Forst- und Landwirtschaftsverwaltung, ebenso die Verlagerung von Aufgaben des Arbeitsschutzes und der Gewerbeaufsicht.

Damit können sich die Kreise zu effizienten Bündlungsbehörden vor Ort entwickeln. Das Landesverwaltungsamt wird in dem Maße verzichtbar, wie der Staat sich mit seinen Sonderbehörden aus der Fläche zurückzieht.

Künftig – ab dem Jahre 2009 – dürfen daher Verwaltungsgemeinschaften nur noch gebilligt werden, wenn die Mitgliedsgemeinden Aufgaben von überörtlicher Bedeutung in die Entscheidungskompetenz der Gemeinschaftsausschüsse verlagern und zugleich die Anzahl der Mitgliedsgemeinden auf maximal sieben begrenzt wird. Das erfordert, innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft selbstbestimmt Gemeindegemeinschaften zu bilden. Verwaltungseinheiten auf der Gemeindeebene sollten auf der Basis einer Mindesteinwohnerzahl von 10.000 tätig werden.

Das Ziel unserer Regionalpolitik sehen wir darin, in Sachsen-Anhalt die Regionen so zu entwickeln, dass sie auf ihre jeweils spezifische Weise und mit ihren besonderen Merkmalen lebenswert sind und über relativ gleichwertige (nicht gleiche!) Lebensbedingungen verfügen. Das Leben in den ländlichen Regionen wird anders organisiert sein als das in urbanen, wissensbasierten und industriellen Verflechtungsräumen, aber deswegen nicht schlechter. Strukturstarke und -schwache Regionalräume sollten miteinander Partnerschaftsbeziehungen aufbauen, um gegenseitig vorteilhafte Angebote zu entwickeln. Wir lehnen einen Weg ab, der allein die Konzentration der Förderungen auf die wenigen Zentren oder sogenannten „Leuchttürme“ in den Mittelpunkt stellt.

Es geht um die Realisierung funktionaler wirtschaftlicher Verbindungen zwischen den wirtschaftlich stärkeren und den schwächeren Regionalräumen.

Da mit zunehmender regionaler Identifikation tendenziell die Bereitschaft wächst, sich bürgerschaftlich, politisch oder gemeinnützig zu engagieren, sollte eine qualitative Weiterentwicklung der Wirtschaftskraft/ Lebensqualität einer Region durch die *Förderung regionaler Identität und durch entsprechende regionale Entwicklungskonzepte und Entwicklungsprojekte* erfolgen.

Strukturschwache Räume sind oft zugleich Räume einer leistungsfähigen, modernen Landwirtschaft. Diese und zugleich den Prozess der Diversifizierung von ländlichen Produkten und Dienstleistungen zu unterstützen, bleibt eine wichtige Aufgabe.

Die strukturschwachen Räume bedürfen auch der besonderen Unterstützung für gesellschaftliche Innovationen wie sie in der Organisation kooperativer Formen von ländlicher Eigenversorgung für Lebensmittel, Wasser, Abwasserentsorgung oder Energie, Kinder- und Altenbetreuung oder Kultur ihren Ausdruck finden. Einen besonderen Entwicklungsschwerpunkt in den strukturschwachen Regionen bildet die Unterstützung von elektronischer Kommunikation. Sie soll sozialen Zusammenhalt, Bildung Erwerbsfähigkeit auch in dünn besiedelten Regionen begünstigen.

In den von der *LINKSPARTEI* angestrebten Landkreisen mit regionalem Zuschnitt soll *Regionalmanagement* zur Entwicklung von regionalen Netzwerkbeziehungen, Wertschöpfungsketten, Wirtschaftskreisläufen, Marketingaktivitäten und sonstigen Projekten zu den *Kernbereichen des eigenen Wirkungskreises* gehören.

Bis dahin werden administrative Grenzen durch verschiedenste Kooperationsformen und Netzwerke zu überwinden sein.

Doch das wären eben nur zeitweilige Provisorien; notwendig ist die zügige Bildung von Großkreisen (Regionalkreisen), die wir bis 2009 vollzogen haben wollen.

2.4. Neue Sozialpolitik: Vorsorge und Teilhabe statt Nachsorge und Isolation

Eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ist aufgrund ihres Transformationsschicksals (Arbeitslosigkeit und Maßnahmekarrieren / kein Einstieg in den Arbeitsmarkt) aktuell und perspektivisch von Armut in ihren verschiedenen Facetten bedroht oder bereits deutlich gezeichnet.

Wenn wir vom Paradigmenwechsel sprechen, der von nachsorgender Sozialpolitik hin zu vorsorgender Gesellschaftspolitik führen soll, dann sollen damit künftig solche Schicksale mehr und mehr verhindert, das Abgleiten der jetzt Betroffenen gestoppt, ihnen ein Leben in Würde und auch wieder eine Perspektive auf volle Integration in das gesellschaftliche Leben gegeben werden. Ein Mehreinsatz an finanziellen Mitteln wird staatlicherseits nicht möglich sein. Sozialpolitik im weitesten Sinne – darunter die Politik für und mit Kindern und Jugendlichen, für und mit Familien, für und mit behinderten Menschen und für Gesundheit kann sich zudem nicht an vermeintliche „Durchschnittsbürger und -bürgerinnen“ richten, sondern darf an unterschiedlichen Lebenslagen, Bedürfnissen und Ansprüchen nicht vorbei gehen. Das verlangt, klassische Instrumente und Anliegen der Sozialpolitik nicht aufzugeben, sie weiter zu entwickeln und zu stärken sowie die Sozialpolitik enger mit anderen Politikbereichen zu verknüpfen und näher an die Betroffenen heran zu führen. Das heißt auch, künftig auf die Einführung von Rechtsansprüchen und Leistungsgesetzen auf Landesebene zu verzichten und die dafür vorgesehenen Ressourcen an die Kommunen zu übertragen. Dort muss die Debatte über Notwendigkeit und Zielgenauigkeit geführt werden – findet sie nicht konkret und vor Ort statt, so droht irgendwann eine abstrakt entstandene gesellschaftliche Mehrheit gegen wichtige soziale und öffentliche Leistungen. Die Auseinandersetzungen um die Kinderbetreuung (aber auch um den Denkmalschutz) haben das gezeigt.

Beispiele für die beschriebene Übertragung von sozialpolitischen Ressourcen an die Kommunen sind die *Förderung kommunaler Familienpässe* und die Einführung einer zweckgebundenen kommunalen Sozialpauschale für *Beratung, Hilfe und Schutz*. – Ergänzend können *kommunale Stiftungen für Selbsthilfe und soziales Engagement* ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung jenseits staatlicher Sozial- oder Steuerpolitik befördern. Rund 16% der Haushalte unseres Landes verfügen über ein Vermögen von mehr als 100.000 €. Wir glauben, dass es möglich ist, ihre soziale Verantwortung anzusprechen und zu aktivieren, so dass sie als Stifter oder durch Spenden ausgewählte Sozialprojekte unterstützen.

Ziel muss es sein, das Schrumpfungs- nicht in Degenerationsprozesse umschlagen. Im Gegenteil: Sachsen-Anhalt soll bundes- und EU-weit zu einer Modellregion für die produktive, sozial verantwortungsbewusste Bewältigung und Gestaltung von Schrumpfungsprozessen werden. Wir wollen die Städte und Gemeinden, die KommunalpolitikerInnen sowie andere Akteure ermuntern, Erfolg versprechende Binde- und Rückgewinnungsstrategien zu praktizieren, Modellversuche zu starten.

Insbesondere die *Zuwanderung von Fach- und Nachwuchskräften*, nicht zuletzt von Ärzten im ländlichen Raum, wird dabei ein Schwerpunkt sein. Sozialpolitik wird dadurch erschwert, dass wir es in Deutschland mit dem umfangreichsten Sozialabbau der Nachkriegsjahrzehnte zu tun haben. Dem können wir aus Landesmitteln nur wenig entgegenstellen. Verantwortungsbewusste Landespolitik wird daher einerseits weiterem Sozialabbau Widerstand leisten und der Bundespolitik eigene Alternativen entgegen stellen. Im Zentrum steht dabei eine *Anhebung und inhaltliche Neubestimmung sozialer Grundsicherung*.

2.5. Degressive Verschuldung und Modernisierung des Haushaltsrechts

Weil in den nächsten Jahren der Haushaltsumfang des Landes auf Grund demografischer Entwicklungen, des Auslaufens von Solidarpakt II, sinkender Steuereinnahmen und geringerer EU-Einnahmen stark schrumpfen wird, müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, Haushaltsstrukturen zugunsten *zukunftsorientierter und nachhaltiger Aufgabenpolitik* zu verändern.

Haushaltsstrategisch müssen wir von der kleinteiligen Sicht auf einzelne Haushaltsposten – separiert durch die Haushaltshoheit der einzelnen Ministerien – wegkommen und uns fragen, wo die wirklichen *Schwerpunkte für die Entwicklung des Landes* liegen. Aus unserer Sicht liegen sie vor allem in der Entwicklung des Humanpotenzials (Bildung) und in der Entwicklung innovativer Räume.

Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung des Landes müssen Hand in Hand gehen. Deswegen kann es erforderlich sein, mittelfristig eine *moderate, jedoch degressive Verschuldung* zu verantworten, wenn die dadurch mehr zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden *für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit*. Setzt sich bundespolitisch der Kurs auf Steuerdumping und radikale Senkung der Staatsquote fort, kann eine solche Entwicklung sogar zwingend sein.

Über Sinn und Inhalt von Zukunftsinvestitionen ist neu nachzudenken. Bisher werden Ausgaben für Bildung und Wissenschaft als konsumtive Ausgaben angesehen, allein Ausgaben für materialisierte Anlagevermögen und Infrastruktur gelten als wertschöpfend.

In einer wissensbasierten Gesellschaft wie der unseren entscheiden aber bereits heute und zukünftig die Ausgaben im Bereich Bildung maßgeblich über wirtschaftliches Wachstum und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Der bisherige Begriff einer Investitionsquote ist nicht mehr in der Lage als Ausdruck einer zukunftsorientierten Haushaltspolitik zu dienen.

Wir wollen die Investitionsquote durch eine *Bildungsquote* ersetzen. Dieser Ansatz wird jedoch nur dann als schlüssig gelten können, wenn Ausgaben im Bildungsbereich nicht vorrangig als individuelle (z. B. Studiengebühren), sondern als *gesellschaftliche Investitionen* betrachtet und akzeptiert werden. Die Bildungsquote, die derzeit bei knapp 23% Prozent des gesamten Landeshaushalts liegt, muss in den nächsten Jahren auf etwa 25% und bis 2020 auf 30 Prozent des Gesamthaushaltes angehoben werden. Auch bei einer Anhebung der Bildungsquote um zwei Prozent in den nächsten Jahren ist bei sinkendem Gesamthaushaltsvolumen der Effektivität der eingesetzten Mittel vor allem in der allgemeinen Schulbildung große Aufmerksamkeit beizumessen. Die Einführung der Bildungsquote wird zu Lasten der Infrastruktur- und der klassischen Wirtschaftsförderung gehen; bei der Arbeitsmarktförderung gehen wir davon aus, dass hier vor allem ESF-Mittel und Gelder der Bundesagentur für Arbeit zur Anwendung kommen.

Alles in allem muss bei der Haushaltsführung von der kameralistischen auf eine Sicht nachhaltiger wirtschaftlicher Vernunft umgestellt werden. Statt der Fixierung auf Jahresscheiben braucht auch der Landeshaushalt eine Übersicht über Vermögen, Belastungen und Entlastungen. Entlastungen von heute müssen gegen ihre Folgen abgewogen werden: So bringen Massenverbeamtungen zwar momentan eine Entlastung bei den Sozialabgaben – doch als Pensionslasten kehren sie über die Jahre und Jahrzehnte wieder in die Haushalte zurück. Public-Private-Partnership- und andere Mietkaufmodelle entlasten den Haushalt aktuell von Investitionskosten, binden die öffentliche Hand aber ebenfalls langfristig – nicht an die Bank, aber an den Investor, und um den Preis, die Investition zwar zu nutzen, aber zunächst nicht zu besitzen. Kredite sind eben nicht an sich ein Problem – es kommt darauf an, ob und wie sie sich volkswirtschaftlich und gesellschaftlich amortisieren. Auch deswegen ist der Weg einer degressiven Verschuldung zu bevorzugen – und willkürliche Festlegungen für ein Ende der Verschuldung sind nicht nur in Regel unrealistisch, sondern auch politisch kontraproduktiv.

Impressum

Die Linkspartei.PDS
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
Domplatz 6–9
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5605003 · Fax: 0391/5605008
fraktion@pds.lt.lsa-net.de
www.linkspartei-pdlsa-lt.de